

187/2006

Stuttgart, den 13.07.2006

### Dramatischer Schülerschwund bis 2020:

## Landesregierung hat kein Konzept gegen „aussterbende Schulen“

## Renate Rastätter: Mit Ideologie und Rhetorik ist der Demografie nicht beizukommen

---

„Die Landesregierung muss ihre Schulplanung mit Hochdruck ändern: Der Rückgang der Schülerzahlen, der vor allem die Hauptschulen im ländlichen Raum vor die Existenzfrage stellt, ist seit Jahren absehbar – nur die Landesregierung hält stur und steif an der Illusion fest, die eingefahrenen Gleise des dreigliedrigen Schulsystems nicht verlassen zu müssen“, so die schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag Renate Rastätter zu den gestern veröffentlichten Zahlen des statistischen Landesamtes. Die strukturelle Antwort auf diese demografische Entwicklung, die in den verschiedenen Landesteilen ganz unterschiedlich Ausmaße annimmt, muss nach Auffassung der Grünen die Öffnung von Möglichkeiten im Schulgesetz sein. Langfristig läuft aber, so die Schulexpertin der Grünen, die Entwicklung schnurgerade auf die von den Grünen propagierte „Basisschule“ hinaus. Rastätter: „Bisher hat die Landesregierung in alter Vogel-Strauß-Manier den Kopf in den Sand gesteckt. Die Entwicklung ist aber unentrinnbar, jetzt muss gehandelt werden, und nicht erst, wenn Schulen schließen mangels Schüler.“

Der jetzt erneut bestätigte Rückgang der Schülerzahlen wird in vielen Regionen dazu führen, dass im dreigliedrigen Schulsystem ein wohnortnahes Schulangebot nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten erhalten werden kann. "Aussterbende Schulen" werden zunächst

vor allem die Hauptschulen sein. Rastätter: „Heute schon gibt es ca. 300 Mini-Hauptschulen mit unter 60 Schülern. Ihre Zahl wird rapide steigen.“

Angesichts der Bevölkerungsprojektionen bis 2020 sind diese Schulen schon aus Ressourcengründen nicht mehr überlebensfähig. Aber auch aus pädagogischen Gründen machen sie wenig Sinn, weil den Schülerinnen und Schülern keine differenzierten Angebote gemacht werden können.

Da auch die weiterführenden Schulen wie Realschule und Gymnasium bei zurückgehenden Schülerzahlen um Schüler kämpfen werden, stehen Hauptschulen auch von dieser Seite aus unter Druck. Es ist daher eine Chance für gefährdete Standorte, wenn eine Schule alle Abschlüsse anbieten kann, gerade auch im ländlichen Raum, um Transporte von Schülerinnen und Schülern aus dem Ort zu vermeiden.

Renate Rastätter forderte die Landesregierung auf, den Antrag der südbadischen Gemeinden Görwihl, Grafenhausen, Herrischried, Rickenbach, Höchenschwand, Todmoos, Ühlingen-Birkendorf und Wutöschingen auf Erprobung einer weiterführenden Schule am Standort der jetzigen Hauptschule endlich aufzugreifen. Die Bürgermeister der Gemeinden argumentieren, dass bei zurück gehenden Schülerzahlen nur mit einer integrativen Schule der Schulstandort im dünn besiedelten ländlichen Raum aufrechterhalten werden könne.

In einem Schreiben an Kultusminister Rau wiesen die Bürgermeister dieser Gemeinden darauf hin, dass in einer Schule gemeinsamen Lernens erfolgreich gelernt werde, wie die Grundschule zeigt, und die Entscheidung über die weitere Ausbildungswege erst später getroffen werden. Die Landesregierung hatte dem Wunsch der Gemeinden in der Region Hotzenwald Südschwarzwald jedoch eine klare Absage erteilt.

Dem „Bildungspakt“ wie von den Grünen konzipiert kommt angesichts dieser demografischen Entwicklung eine immer größere Bedeutung zu. Rastätter: „Unser Bildungspakt garantiert, dass an den Schulen gleich bleibende Qualität Bestand hat sowie zusätzliche Aufgaben bewältigt werden können, und gleichzeitig der absehbare Zuwachs der Studierendenzahlen an den Hochschulen gemeistert werden kann.“